

„Von Inseln zu Netzen“ – Kooperatives E-Government im Kreis Nordfriesland

Marco Brunzel (City & Bits)

Das Projekt „Von Inseln zu Netzen“ soll neben den Vorteilen einer gemeinsamen technologisch abgestimmten, rechtssicheren und hochverfügbaren Systemlandschaft die technische Basis für die Konzeption, Diskussion und Erprobung neuer Formen der Zusammenarbeit in und zwischen den nordfriesischen Verwaltungen schaffen. Dabei geht es insbesondere um die Förderung interkommunaler Kooperation in den Bereichen Informations- und Wissensmanagement sowie die Vorverlagerung von serviceorientierten Geschäftsprozessen vom Kreis zu den Gemeinden bzw. in ein regionales Internet-Portal.

Ziel und Rahmenbedingungen:

Nordfriesland – Moderne Verwaltung und neue Technologien

Der Kreis Nordfriesland steht wie kaum eine andere Region Deutschlands vor der Herausforderung, die neuen Anforderungen im Bereich einer bürgerorientierten und effizienten Verwaltung nicht nur bis in jede Amtsstube, sondern auch buchstäblich bis auf jede Insel und jede Hallig zu bringen.

Ziel des Projektes „Von Inseln zu Netzen“ ist die Förderung der Zusammenarbeit von 26 Amts- und Stadtverwaltungen sowie der Kreisverwaltung bei der Erprobung und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für die Modernisierung der Verwaltung und die Gestaltung der Informationsgesellschaft.

Motiviert durch verschiedene Erfolge im Bereich der Internetnutzung (u.a. Sieger im Ranking der 323 Landkreise im Jahr 2001)¹, haben die nordfriesischen Verwaltungen ihre Aktivitäten im Bereich des zielgerichteten Einsatzes neuer Informations- und Kommunikationstechnologien konsequent fortgesetzt. Getragen von der Annahme, dass sich mit den neuen Möglichkeiten der informationstechnischen Vernetzung insbesondere im Bereich der interkommunalen Kooperation zahlreiche Mehrwerte erzielen lassen, steht der Aufbau eines kreisweiten Datennetzes, als Basis zukünftig gemeinsam zu nutzender Anwendungen und Dienste im Vordergrund des Projektes.

Die Konzeption und der Aufbau einer solchen verwaltungsübergreifenden Informationsinfrastruktur verlangt die zusammenhängende und praxisnahe Auseinandersetzung mit aktuellen Fragestellungen aus den Bereichen Verwaltungsmodernisierung, Stadt- und Regionalentwicklung und Informationstechnologie. Durch die aktive Vorstellung und Diskussion des geplanten Projektes auf verschiedenen Fachkongressen konnten bereits zahlreiche Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft sowie den kommunalen Spitzenverbänden für eine aktive Unterstützung des Projektes interessiert werden. Dazu gehören insbesondere das Kommunalwissenschaftliche Institut der Universität Potsdam, die Technische Hochschule Hamburg-Harburg sowie der Deutsche Landkreistag.

Aufgrund des beachtlichen Innovationspotenzials des Projektes sowie insbesondere auch aufgrund der bereits weit fortgeschrittenen inhaltlichen Vorbereitung des Projektes durch die Gemeinschaft der nordfriesischen Verwaltungen wird derzeit die Förderung des Projektes im Rahmen der gemeinsamen Landesinitiative „New Media“ des Landes Schleswig-Holstein und der Deutschen Telekom geprüft.

¹ Prof. Edgar Einemann, Fachgebiet Wirtschaftsinformatik, Hochschule Bremerhaven, Mai 2001

Fachliche Einordnung:

Integrierte Informationssysteme als Infrastruktur der Informations- und Wissensgesellschaft

Für die zukünftigen Aufgaben der öffentlichen Verwaltungen ist der Aufbau integrierter, d.h. organisations- und prozessübergreifender Informationssysteme ein kritischer Erfolgsfaktor. Als Reaktion auf die geänderten Informations- und Interaktionsanforderungen zeichnet sich nach dem Vorbild der Privatwirtschaft nunmehr auch im öffentlichen Sektor eine Dreigliederung der Serviceeinrichtungen ab, die in der Regel auf die gleiche informationstechnische Infrastruktur aufsetzen². Dazu zählen im kommunalen Bereich Bürgerbüros als integrierte Verwaltungseinrichtungen zur persönlichen Abwicklung nahezu sämtlicher Verwaltungsdienstleistungen, ein kommunales Call Center, über das Auskünfte und Anliegen telefonisch abgewickelt werden können, sowie ein kommunales bzw. regionales Internetportal welches ebenfalls Zugang zu einem umfassenden, nach Themen und Lebenslagen geordneten Informationsangebot bietet und nach Klärung noch ausstehender technischer und juristischer Probleme auch zahlreiche Möglichkeiten der interaktiven Verwaltung (Online-Behördengänge) ermöglichen wird.

Regionale Portale

Portale bezeichnen im Sprachgebrauch der modernen Informationstechnologien den Zugang zu thematisch gegliederten integrierten Daten-, Wissens- und Interaktionsnetzwerken und bilden damit eine wesentliche Infrastruktur der sich entwickelnden Informations- bzw. Wissensgesellschaft. Es ist denkbar, dass über ein kommunales oder regionales Internet-Portal in Zukunft jeder Verein, jedes Geschäft, vielleicht sogar jeder Bürger erreichbar sein wird. Gerade durch die aktive Mitgestaltung der verschiedenen Akteure einer Stadt bzw. Region haben solche Portale das Potenzial, zu einer wichtigen Datendrehscheibe, Kommunikationsbasis und Transaktionsplattform zu avancieren³. Kernbestandteil kommunaler Internetportale ist aus Sicht der Verwaltung die Möglichkeit der digitalen Inanspruchnahme von Verwaltungsdienstleistungen („Digitales Rathaus“). Neben den erheblichen wirtschaftlichen Effekten regionaler Internetportale, die sich durch die gezielte Vorstrukturierung bzw. Vorverlagerung von Geschäftsprozessen erzielen lassen, eröffnen sich sowohl in organisatorischer wie auch in finanzieller Hinsicht zahlreiche Möglichkeiten öffentlich-privater Kooperationen beim Aufbau neuer Informations- und Serviceknoten. Zu denken ist hierbei insbesondere an kommunale Unternehmen (Stadtwerke, Wohnungsgesellschaften, Verkehrsbetriebe usw.), die aus Wettbewerbsgründen ebenfalls vor der Herausforderung stehen, neue Servicedienste zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit anzubieten (CRM).

Verwaltungsweite Datennetze (Intranet/Extranet)

Der Aufbau neuer Informations- und Serviceknoten sowie die Nutzung netzbasierter Arbeits- und Kooperationsformen stellen neue Anforderungen an die datentechnische Infrastruktur. In technologischer Hinsicht geht es immer stärker um den Aufbau amts- und prozessübergreifender Internet-/Intranet- und Datenbanksysteme auf Basis integrierter Teilmodule. Getragen durch die rasante Entwicklung und Etablierung objektorientierter und komponentenbasierter Software- und Netzwerkstandards erwarten Experten für die gesamte Software-Branche eine grundlegende Wende. Nicht mehr arbeitsplatzspezifische Programme sondern netzbasierte Dienste aus spezifischen Subsystemen unterschiedlichster Hersteller werden die zukünftigen IuK-Infrastrukturen auch (oder vielleicht sogar gerade) im öffentlichen Sektor bestimmen⁴.

Bei der Konzeption und Gestaltung verwaltungsweiter bzw. verwaltungsübergreifender Daten- und Kommunikationsnetze stehen die meisten Verwaltungen heute erst am Anfang. Gegenwärtig dominieren noch immer isolierte Fachsysteme unterschiedlichster Hersteller, die Daten nur schlecht oder gar nicht mit anderen Anwendungen austauschen können.

² Reinermann / von Lucke 2000

³ Brunzel, Kommunale Internetportale als Datendrehscheibe und Kommunikationsplattform, 2001

⁴ Reinermann 2002

Technologische Entwicklungen

Als Reaktion auf die immer stärker amts- und prozessübergreifenden Anforderungen an den Einsatz moderner Informationstechnologien artikuliert sich derzeit ein zunehmender Bedarf an integrierten Gesamtstrategien für die inhaltliche Konzeption und technische Realisierung verwaltungsweiter (und verwaltungsübergreifender) Datennetze sowie deren Kopplung an das Internet.

Neue Arbeits- und Kooperationsformen

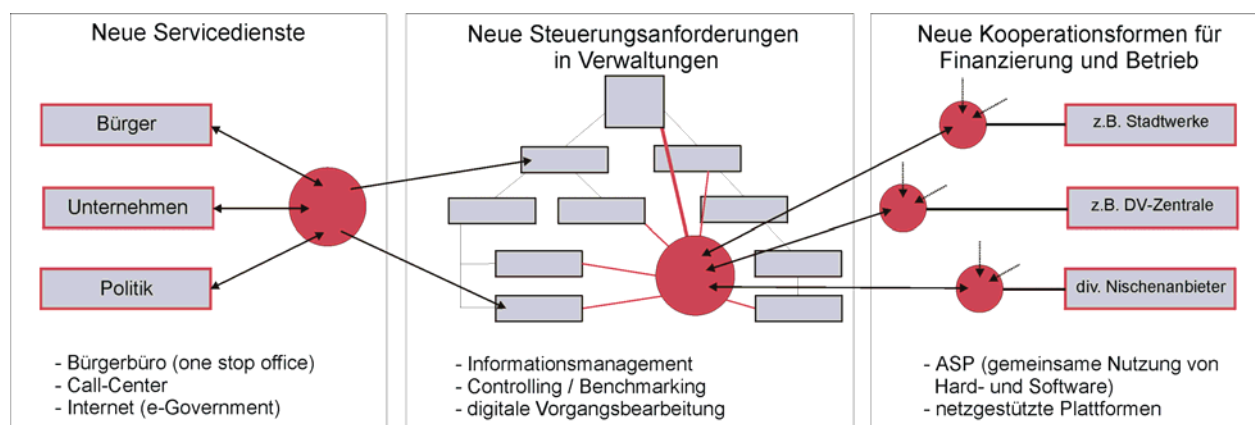
Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen für die öffentliche Verwaltung eine Vielzahl neuer Arbeits- und Kooperationsformen. Maßgeblich initiiert und angetrieben durch die rasante Entwicklung des Internets vollzieht sich innerhalb der Informationstechnologie derzeit ein grundlegender Wandel. Computer (und zukünftig vermutlich auch eine Vielzahl anderer technischer Geräte) lassen sich immer weniger als isolierte Arbeitswerkzeuge betrachten, sondern avancieren durch die Integration in interne und externe Datennetze zu Bestandteilen neuer Basistechnologien. Vor diesem Hintergrund ergeben sich weitreichende Möglichkeiten zur Optimierung des Verwaltungshandels (z.B. durch eine digitale Vorgangsbearbeitung), zur Erhöhung der Servicequalität (z.B. durch Online-Behördengänge), sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (z.B. durch Telearbeit).

Neue Informations- und Serviceknoten

Von grundlegender Bedeutung bei der Konzeption eines modernen verwaltungsweiten Datennetzes ist die Berücksichtigung der Anforderungen, die durch die Einrichtung neuer Informations- und Serviceknoten (Bürgerbüro Call-Center, Internet-Portal) zu erwarten sind. In diesem Zusammenhang entstehen derzeit vielfach neue Anforderungen an das verwaltungsweite Informationsmanagement. Das Spektrum reicht hier vom einfachen Zugriff auf verschiedene Datenbestände (Zuständigkeiten, Öffnungszeiten), dem medienbruchfreien Zusammenspiel mit verschiedenen Fachsystemen bis hin zur Umsetzung von Mitwirkungs- und Akteneinsichtsrechten auf Basis personalisierbarer Portale unter Nutzung digitaler Signaturen.

Anforderungen neuer Steuerungsinstrumente

Mit Blick auf die weitreichenden Zielstellungen der Verwaltungsmodernisierung ist es dringend notwendig, die datentechnischen Anforderungen neuer Steuerungsinstrumente, wie Monitoring- und Controllinginstrumente im Rahmen einer verwaltungsweiten IT-Strategie bereits frühzeitig mit zu berücksichtigen. Bei der Auswahl von technischen Systemen sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass das dynamische Zusammenführen und Auswerten unterschiedlicher Datenbestände (Finanzen, Siedlungsentwicklung, Stadtstatistik) zukünftig sichergestellt wird. Die Aggregation und Verdichtung von Daten in Kennzahlen-Systemen (z.B. mittels einer Balanced Scorecard) sowie die Visualisierung unterschiedlicher Primär- und Sekundärdaten in thematischen Karten (z.B. auf Basis internetbasierter GIS-Technologien) sollte heute (als zukünftig zu erwartende Anforderung) bereits von Anfang an strategisch mitgedacht werden.



Aktuelle Handlungsschwerpunkte im öffentlichen Sektor

Die Kommunale Ebene im Kontext von E-Government

Es ist derzeit unstrittig, dass die zahlreichen Handlungsanforderungen vor denen der öffentliche Sektor heute steht ohne den Einsatz moderner Technologien kaum zu realisieren sein werden. Dabei geht es nicht nur um veränderte Erwartungshaltungen auf Seiten der Bürger und Unternehmen, sondern insbesondere auch um die Umsetzung aktueller gesetzlicher Anforderungen, z.B. im Bereich der Akteneinsicht und der digitalen Signatur. Und so sind auch die derzeitigen Aktivitäten des öffentlichen Sektors zur Förderung des Einsatzes neuer Informationstechnologien nicht nur getragen von der richtigen politischen Zielstellung, nach der zukünftig die Daten und nicht die Bürger zur Verwaltung laufen sollen, sondern gelten auch als ein deutlicher Beleg dafür, das E-Government keine regionale Kür sondern eine gesellschaftliche Pflichtaufgabe darstellt⁵.

Auch der zunehmende Kostendruck fördert die stärkere Nutzung moderner Internet- und Datenbanktechnologien in den öffentlichen Verwaltungen. So geht der Bund davon aus, dass sich mit den insbesondere im Rahmen der Bundesinitiative Bund Online 2005 geplanten Investitionen in Höhe von ca. 1,65 Mrd. Euro durch die gezielte Vorverlagerung und Digitalisierung von Geschäftsprozessen auch konkrete Einsparungen im Bereich der Verfahrensabwicklung erzielen lassen⁶.

Trotz der enormen Aktivitäten des Bundes und der Länder eröffnet sich die reale Tragweite und zukünftige Dimension möglicher Veränderungen durch E-Government erst durch den Blick auf die Tatsache, dass die Vielzahl der Verwaltungsaufgaben derzeit und vermutlich auch zukünftig auf der kommunalen Ebene liegen. Und so wiesen sowohl im öffentlichen Sektor tätige Unternehmensberatungen, wie auch der Dachverband der Deutschen Informationswirtschaft BITKOM und die kommunalen Spitzenverbände bereits mehrfach darauf hin, dass der überwiegende Teil der notwendigen Maßnahmen im Bereich E-Government die kommunale Ebene betreffen wird⁷.

Allein die Tatsache, dass Bürger und Unternehmen in der Regel mit ihren verschiedenen Anliegen mit einer kommunalen Verwaltung zu tun haben, legt den Schluss nahe, dass sich der Erfolg und die Akzeptanz neuer Verwaltungsstrukturen letztlich auf der kommunalen Ebene entscheiden werden. Und hier, insbesondere im Bereich der Verbesserung der Kooperation in und zwischen Verwaltungen liegen vermutlich auch insgesamt die größten Potenziale von E-Government.

Innovation und Effizienz

Sämtliche Aktivitäten kommunale und staatliche Verwaltungen durch den Einsatz moderner Informationstechnologien effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten, sind per se als ein positives Zeichen der Modernisierung zu werten und zu begrüßen. Jedoch wird das Nebeneinander verschiedener kaum oder wenig aufeinander abgestimmter Projekte und Aktivitäten im Bereich E-Government in Bund, Ländern und Gemeinden in letzter Zeit verstärkt auch als ineffiziente Verwendung knapper Haushaltsmittel kritisiert⁸.

Eine, wie im Projekt „Von Inseln zu Netzen“ im Kreis Nordfriesland konsequent verfolgte, Zusammenarbeit kommunaler Verwaltungen im Bereich der Informationstechnologie eröffnet in dieser Hinsicht äußerst interessante Perspektiven. Neben den klaren Vorteilen der kooperativen Nutzung knapper Ressourcen (Finanzen, Personal, Wissen), besteht die Chance, durch den zielgerichteten Einsatz neuer Technologien und den sich damit erschließenden neuen Formen der Verwaltungsorganisation wieder zu einer „Re-Integration“ der kommunalen Leistungserbringung zu gelangen⁹. Konkret geht es dabei um die Verknüpfung von Leistungen unterschiedlicher Verwaltungen und Verwaltungsbereiche (Prinzip der Lebens- bzw. Situationslagen) sowie um die Vorverlagerung von serviceorientierten

⁵ u.a. Memorandum zum E-Government der Gesellschaft für Informatik GI / Positionspapier zum Electronic Government des Deutscher Städtetag / Thesen zum E-Government, Deutscher Landkreistag 2001

⁶ www.BundOnline2005.de

⁷ Der Dachverband BITKOM geht davon aus, dass zur Umsetzung von E-Government in Deutschland neben den Investitionen des Bundes und der Länder in ihre Verwaltungsoptimierung im gleichen noch einmal Investitionen von 6 – 8 Mrd. Euro für die kommunale Ebene zu veranschlagen wären. BITKOM, 2001

⁸ u.a. Mummert & Partner 2001

⁹ Landsberg

Geschäftsprozessen vom Kreis zur Kommune bzw. deren Integration in die neue Informations- und Serviceknoten der Verwaltung (Bürgerbüro, Call Center, Internet-Portal)¹⁰.

Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile des Modells einer überwiegend zentralen staatlichen Aufgabenerledigung einerseits und des Modells einer überwiegend kommunalen Aufgabenerledigung andererseits, kommt man letztendlich zu dem Ergebnis, das kommunale Modell als die langfristig bessere, zukunftsorientiertere – weil das Engagement des Bürgers stärkende – Variante anzusehen. Bisher sind die Erfolge einer entsprechenden so genannten "Funktionalreform" bei den Bemühungen der Verwaltungen um Kosteneinsparung jedoch gar nicht oder nur mäßig zu erkennen. Mit Blick auf die aus den laufenden Haushalten kaum noch zu deckenden personellen und finanziellen Anforderungen, erscheinen Veränderungen in der Aufgabenverteilung zwischen den Verwaltungen unabdingbar, in ihrer konkreten Umsetzung jedoch aus genau den gleichen Gründen kaum realisierbar.

Digitalisierte zentral vorgehaltene Informationen und Daten können in einem Verwaltungsnetz von jeder Verwaltung im Rahmen des Datenschutzes kooperativ genutzt werden. Die moderne Informationstechnik ist damit zum wichtigsten Instrument geworden, um die interkommunale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung von Verwaltungen neu zu organisieren. In der Tendenz kann dies auch zu der Frage führen, ob innerhalb verschiedener Fachabteilungen (unterschiedlicher Verwaltungsebenen) alle Dienstleistungen zukünftig weiterhin in vollem Umfang selbst erbracht werden müssen, oder ob sich (Vor-)Verlagerungen und Konzentrationen anbieten.

Dabei geht es nicht um die Veränderung von Gemeindegrenzen, Eingemeindungen oder Verschmelzung kommunaler Gebietskörperschaften. In Frage gestellt werden kann aber der Umfang der personellen Ausstattung von hauptamtlichen Verwaltungen, insbesondere bei kleinen Gebietskörperschaften und in der Summe der Verwaltungen. In diesem Bereich werden die eigentlichen Einsparpotentiale möglich sein.

Erweiterter Ressourcenbegriff

Verwaltung ist kein Selbstzweck. Eine effizient arbeitende Verwaltung ist nur eine notwendige – jedoch keine hinreichende Bedingung für die Wohlfahrt einer Stadt oder Region. Darüber hinaus bedarf die Entwicklung einer Stadt / Region der Entwicklung, Definition, Kommunikation, Verfolgung und Integration sehr komplexer Ziel- und Wertebündel.

Das Verständnis der Verwaltung als eine nur auf den `regelgerechten Normenvollzug` ausgerichteten Instanz greift zu kurz. Entscheidend für den Erfolg und die Legitimation kommunalen Handelns ist, wie mit Gestaltungsräumen innerhalb der gesetzlichen Aufgaben und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ergänzend zu den gesetzlichen Aufgaben umgegangen wird. Mit der Wirkungsorientierung der Verwaltung rückt somit das `Gestalten` in den Blickpunkt.

Unter dem Ansatz des Integrierten Stadt- und Regionalmanagements wird nach der Zusammenführung der normativen, strategischen und operativen Managementdimensionen und der integrierten Betrachtung der kommunalen Steuerungsinstanzen Stadt- und Regionalentwicklungsplanung sowie Verwaltungssteuerung gesucht. Das Maß aller Bestrebungen liegt in der Orientierung am Gemeinwohl. Dabei ist die Integration getrennter Handlungsdimensionen und Steuerungsinstanzen genauso bedeutend wie die Aktivierung regionaler Akteure. Vor allem in der Öffnung der Verwaltung und kooperativen Leistungserstellung mit Akteuren aus Bürgerschaft und Wirtschaft liegen wichtige Maßnahmen zur Effizienzsteigerung der Verwaltung und Aktivierung der Stadt- und Regionalentwicklung.

Neben Verkehrsinfrastruktur und Gewerbe- und Wohnflächenangebot sind auch die Dynamik, Agilität und Kreativität der regionalen Bürgerschaft und Wirtschaft bedeutende Größen für die positive Entwicklung einer Region. In der Förderung von Wissen, Kreativität und Motivation – in einer Erweiterung des klassischen Ressourcenbegriffes liegen die Maßnahmen, die von modernen Verwaltungen erkannt werden müssen. Dabei spielt die Stärkung des Ehrenamtes eine genauso bedeutende Rolle wie die Entwicklung von integrierten Regionalen Internetportalen, die sich zu Zugangsknoten und Interaktionsplattformen entwickeln.

¹⁰ Im Rahmen eines Forschungsvorhabens beschäftigt sich derzeit Tino Schuppan am Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam mit den verwaltungsrechtlichen Anforderungen und Möglichkeiten dieser Entwicklung.

Das Projekt „Von Inseln zu Netzen“

Vom gemeinsamen Internetauftritt zum virtuellen kommunalen Dienstleistungszentrum

Impuls und Motivation

Mit dem Thema "Nordfrieslands Verwaltungen online" wurde in einem Workshop am 9. Februar 2001 das Internet in den nordfriesischen Kommunalverwaltungen zur „Chefsache“ gemacht. Auf Basis eines breiten Bündnisses verschiedener Verwaltungen Nordfrieslands, mit Unterstützung der Volkshochschule sowie weiterer regionaler Akteure wurde das Projekt zum gemeinsamen Aufbau eines regionalen Internet-Portals auf den Weg gebracht.

Ein erstes Resultat dieser Aktivitäten war die Auszeichnung des Auftritts www.nordfriesland.de als führendes Internet-Portal aller Landkreise, im Rahmen einer Studie der Arbeitsgruppe von Prof. Einemann an der Universität Bremerhaven. Motiviert durch diese erfolgreiche Zusammenarbeit verständigten sich die nordfriesischen Verwaltungen über eine Intensivierung der verwaltungsübergreifenden Zusammenarbeit bei der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien.

Kreisweiter Workshop

Um die weiteren Aktivitäten in einen strukturierten Rahmen einzupassen, verständigten sich die Entscheidungsträger des Kreises am 5.10.2001 im Rahmen des Workshops „Von Inseln zu Netzen – Nordfriesland auf dem Weg in die Informationsgesellschaft“ auf das weitere Vorgehen. Als wesentliche Fragestellungen wurde die notwendige Klärung der Chancen und Risiken eines kreisweiten Datennetzes sowie die Sondierung der Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit bei der Konzeption, Beschaffung und Nutzung moderner Informationssysteme vereinbart. Des Weiteren hat der Workshop erste Ziele für ein Gesamtprojekt „Kreisweites Datennetz“ benannt, die im Wesentlichen den Zugriff auf Fachdaten sowie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Verwaltungen beinhalten. Viele Anregungen für sinnvolle Anwendungen, die mittels eines gemeinsamen Datennetzes realisiert werden könnten, wurden bereits gesammelt.

Über die Signalisierung einer grundlegenden Bereitschaft zum Aufbau eines kreisweiten Datennetzes hinaus, wurden erste Prioritäten bei der Umsetzung eines solchen Projektes deutlich. So wurde eine externe Koordination und fachliche Begleitung des Gesamtprojektes als zentrales Erfolgskriterium herausgearbeitet. Im Ergebnis wurde die bestehende interkommunale Koordinierungsgruppe des Arbeitskreises Internet damit beauftragt, eine Entscheidungsgrundlage für ein Verwaltungsdatennetz in Nordfriesland zu erarbeiten.

Aufgreifen älterer Visionen

Eine informationstechnische Vernetzung der kommunalen Verwaltungen erscheint heute nicht nur als eine bedeutende Kosten- und Effizienzreserve (Personal-, und Lizenzkosten, Schulungsaufwand, Digitale Vorgangsbearbeitung, etc.) sondern bildet eine entscheidende Voraussetzung, um den Anforderungen der Zukunft überhaupt gewachsen zu sein.

"Das virtuelle kommunale Dienstleistungszentrum - eine Utopie?" war der Titel einer Veröffentlichung des stellvertretenden Geschäftsführers des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Herrn Rolf Martens im Jahre 2000. Er reflektiert in seinem Fachbeitrag die bisher nur mäßigen bzw. nicht erkennbaren Erfolge der sogenannten "Funktionalreform" bei den Bemühungen der Verwaltungen um Kosteneinsparung. In seiner abschließenden Prognose sieht er es als wahrscheinlich an, dass für die aus Kostengründen fast unabdingbar erscheinende Funktionalreform zukünftig durch den Einsatz moderner Informationstechnik andere Wege gefunden werden könnten. Seine abschließende Bemerkung lautet: "Wenn wir damit aber gleichzeitig auch noch einen erheblich höheren Faktor an Bürger- und Kundenfreundlichkeit, schnelle Verfahrensabläufe und Prozessqualität auf hohem Niveau erzielen können, dann bleibt nur die Frage: Worauf warten wir noch."¹¹

¹¹ Veröffentlichung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistag, Kiel 2000

Ziele des Projektes

Mit dem Aufbau einer sicheren Netzinfrastruktur für den datentechnischen Verbund der nordfriesischen Verwaltungen (Kreis, Kommunen) sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um folgende Ziele zu erreichen:

1. Für die Bürger bzw. Kunden der nordfriesischen Verwaltungen können **Neue Informations- und Serviceknoten** kostengünstig, flächendeckend und funktional integriert aufgebaut werden.
2. Zwischen den Verwaltungen können auf der Basis moderner Informationstechnik **Neue Arbeits- und Kooperationsformen** konzipiert, entwickelt und genutzt werden.
3. Durch die Zusammenführung bislang fachlich und räumlich getrennt vorgehaltener Daten können (im Rahmen des Datenschutzes) **Neue Steuerungsinformationen** gewonnen werden.

Neben diesen eher qualitativen Zielen sollen durch das Projekt „Von Inseln zu Netzen“ auch konkrete Kosteneinsparungen im IT-Betrieb der beteiligten Verwaltungen erreicht werden. Einen ähnlichen Ansatz verfolgte schon eine Projektskizze des Landkreistages vom Juni 2000 zur Einrichtung und Unterhaltung von "IT-Service-Centern" auf Kreisebene. Dabei ging es ausschließlich um die Auslagerung von wesentlichen Teilen der Betreuung des IT-Betriebes. Im Rahmen des aktuellen Projektes wird darüber hinaus nun die gemeinsame Nutzung von Hard- und Software auf der Basis eines gemeinsam genutzten Verwaltungsnetzes angestrebt. Es wird davon ausgegangen, dass sich nur auf diese Weise signifikante Kosteneinsparungen erzielen lassen.¹²

Zudem bildet erst ein rechtsicherer und hochverfügbarer informationstechnischer Verbund von Verwaltungen die Grundlage für mögliche organisatorische Veränderungen, die gegenwärtig im Zusammenhang mit den aktuellen Entwicklungstrends im Bereich E-Government anstehen (Digitale Signatur, Online-Behördengänge, etc.). Diese werden jedoch von einzelnen Kommunalverwaltungen kaum wirtschaftlich umzusetzen sein.

Rahmenbedingungen des derzeitigen IT-Einsatzes

- a) Die Client-Server-Systemumgebungen haben es mit sich gebracht, dass Aufgaben der Pflege einer Rechnerumgebung vielfach an den dezentral betriebenen Arbeitsstationen erledigt werden müssen. Eine zunehmende Veränderungsgeschwindigkeit in der Informationstechnik mit laufend neuen Anforderungen aus Projekten und dem damit verbundenen Austausch bzw. der Erweiterung/Anpassung von Systemen hat den Personalaufwand für die Betreuung der Systeme erheblich ansteigen lassen.
- b) Heute betreibt jede Verwaltung i.d.R. ihr eigenes individuelles IT-System. Dedizierte Fachkräfte für die Unterhaltung des laufenden Betriebes stehen meist nur in größeren Verwaltungen zur Verfügung. Aber selbst in der Kreisverwaltung und der Stadtverwaltung Husum werden hauptsächlich Verwaltungskräfte von der Betreuung der Informationstechnik in Anspruch genommen. Die verstärkte Einstellung von IT-Fachkräften wäre zwar durch die steigenden Anforderungen im Bereich IT in nahezu jeder Verwaltung gerechtfertigt, ist jedoch mit Blick auf die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte in den meisten Fällen nicht finanzierbar.
- c) Eine nahezu vollständige Ausstattung aller Verwaltungsarbeitsplätze mit Personalcomputern ist inzwischen in fast allen Verwaltungen Nordfrieslands erreicht. Automatisiert wurden bisher in der Regel aber nur einzelne Abschnitte von Verwaltungsvorgängen. Medienbrüche sind noch immer an der Tagesordnung: Antragstellung über Papierformulare, Erfassung im Computer, Weiterleitung per Fax, Auskunftserteilung per Telefon, Bescheiderteilung per Anschreiben, Bezahlung mit Bargeld, Ablage in Akten, usw. Die Digitalisierung aller Vorgänge der Informationsverarbeitung, bis hin zur elektronischen Signatur, und der Aufbau von verwaltungs- und fachabteilungsübergreifenden

¹² Bei Fusionen im privatwirtschaftlichen Bereich bildet die Aufgabe durch die logische und technische Zusammenführung von IT-Systemen Synergiepotentiale zu erschließen, stets eine wichtige Vorgabe an das IT-Management. Optimistisch werden die auf diese Weise zu erschließenden Einsparpotentiale der IT-Gesamtkosten auf 20 bis 30 Prozent geschätzt. Vorsichtiger Prognosen gehen von 10 Prozent Einsparpotenzial aus.

Geschäftsabläufen sind aktuelle Anforderungen an die Entwicklung verwaltungsweiter Informationssysteme im öffentlichen Sektor.

- d) Eine Öffnung der Verwaltungen für die Informationsanforderungen von Bürgern und Unternehmen über ein entsprechendes Internet-Angebot gilt heute schon fast als selbstverständlich. In der Kreisverwaltung ist der Online-Zugriff von Polizei, KFZ-Händlern und Bauantragstellern bereits realisiert. Die elektronische, interaktive Bereitstellung von bestimmten Dienstleistungen (z.B. die Einwohnerkurzauskunft) wird auch in kleinen Gemeindeverwaltungen nur noch kurze Zeit auf sich warten lassen. Das für diese Prozesse relevante Melderechtsrahmengesetz wurde durch entsprechende Änderungen bereits auf die Anforderungen des E-Government vorbereitet.
- e) Die im vergangenen Jahr verordnete Verlagerung bestimmter Verwaltungsaufgaben von der Kreisverwaltung auf die Gemeindeverwaltungen war aller Voraussicht nach erst der Anfang einer Serie solcher und ähnlicher Aktivitäten. Finanzielle Schwierigkeiten des Landes lassen ähnliche Aufgabenverlagerungen in anderen Fachbereichen erwarten. Eine informationstechnische Unterstützung der Gemeinden durch den Kreis konnte bisher nicht geleistet werden. Ein neues Systemkonzept mit untereinander vernetzten Verwaltungen ermöglicht bei zukünftigen Aufgabenverlagerungen die gleichzeitige Bereitstellung einheitlicher EDV-Programme für die Erledigung solcher Aufgaben.
- f) Im derzeitigen Client-Server-System werden eine Vielzahl versteckter Kosten nicht ausgewiesen, z.B. Systembetreuung durch Verwaltungsmitarbeiter. Außerdem sind den Anwendern die tatsächlichen Kosten der Nutzung meist nicht bewusst. Zukünftig wird die Kosten- und Leistungsrechnung in allen Verwaltungen Einzug halten und Transparenz und Wirtschaftlichkeit fordern und fördern. Bei einer gemeinsamen Nutzung von Informationstechnik könnten monatlich gleichbleibende Nutzungspauschalen für klar abrechenbare Leistungen zugrunde gelegt werden. Das schafft Kostentransparenz und Planungssicherheit.

Stärkere Nutzung der Internet-Technologien

Die technische Basis für den Aufbau neuer Informations- und Serviceknoten sowie für die Etablierung neuer Arbeits- und Kooperationsformen bildet der Aufbau von verwaltungsweiten Datennetzen auf Basis von Internet-Technologien. Aus technischer Sicht handelt es sich dabei um nichtöffentliche IP-basierte Datennetze. Ähnlich wie im World Wide Web werden sämtliche Informationen über einen internen Webserver in einem verwaltungsweiten (Intranet) bzw. verwaltungsübergreifenden Netz (Extranet) zur Verfügung gestellt. Für die Anzeige der Informationen genügt ein einfacher Internet-Browser. Beide Technologien sind einfach und kostengünstig und haben sich im Internet millionenfach bewährt.

Ein wichtiger Grund für die verstärkte Nutzung von Internet-Technologien innerhalb der öffentlichen Verwaltung liegt in der enormen Flexibilität dieser Technologien. So kann in einem Intranet/Extranet jedem angemeldeten Benutzer, je nach Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisationseinheit (Verwaltung, Amt, Projektgruppe, o.ä.) automatisch eine unterschiedliche Auswahl an Informationen oder Anwendungen zur Verfügung gestellt werden. Über einfache Verknüpfungen lassen sich Daten aus speziellen Fachverfahren oder Datenbanken integrieren.

Im Rahmen des Projektes „Von Inseln zu Netzen“ soll ein verwaltungsübergreifendes personalisierbares Informationssystem (Portal) konzipiert und aufgebaut werden, über das zukünftig der Zugriff auf sämtliche Daten und Fachanwendungen über eine einheitliche Browser-Oberfläche realisiert werden kann. Gelingt eine solche Entwicklung, lassen sich die IT-Kosten drastisch senken. Jeder Mitarbeiter kann dann prinzipiell von jedem im Netzwerk angemeldeten Arbeitsplatz aus auf seine Informationen und Anwendungen zugreifen.

Aufgrund einer flexiblen Vergabe von Benutzerrechten kann auch Telearbeitern, anderen Verwaltungen, Trägern öffentlicher Belange oder sonstigen befugten Nutzergruppen (z.B. Ratsmitgliedern) der externe Zugriff auf spezielle Informationen oder Anwendungen im verwaltungsweiten Datennetz ermöglicht werden.

Erst durch die Nutzung der Internet-Technologien als Basis für das verwaltungsweite Informationsmanagement eröffnet sich die Perspektive, bestimmte Informationen (z.B. Pressemitteilungen) ohne zusätzlichen Konvertierungsaufwand gleichzeitig auch in der Internetpräsenz der Verwaltung oder einem regionalen Portal zu veröffentlichen bzw. laufend aktuell zu halten. In umgekehrter Richtung können die Verwaltungen ihren Bürgern, Vereinen oder Unternehmen über das Internet verschiedene Dienstleistungen anbieten, bei deren Nutzung Daten ohne nennenswerte Verzögerung an eine entsprechende Fachanwendung gesendet werden und gleichzeitig die zuständige Stelle über den Eingang benachrichtigt wird. Neben der Funktion als zentrale Informationsquelle bieten die Internet-Technologien auch zahlreiche flexible Möglichkeiten zur Unterstützung kooperativer Prozesse bzw. für die Visualisierung von Daten.

Neues Systemkonzept: Server-Based Computing

Die vorstehend beschriebenen Rahmenbedingungen des derzeitigen IT-Einsatzes sowie die neuen Möglichkeiten zum relativ kostengünstigen Aufbau von verwaltungsweiten und verwaltungsübergreifenden Datennetzen haben zu neuen Systemkonzepten geführt. Beim so genannten Server-Based Computing werden nicht nur die Daten, sondern auch die Programme auf zentralen Servern gehalten. Der dezentrale PC braucht neben dem Betriebssystem im Wesentlichen eine Netzwerkverbindung zum Server.

- a) Programme werden nur noch zentral auf den Terminal-Servern installiert. Durch eine einfache Freigabe erhalten die Anwender den Zugriff auf ein optimal installiertes und praxisgetestetes Programm. Datensicherung, Installations- und Wartungsarbeiten müssen nur noch zentral erledigt werden. Die Wege zu den Arbeitsplätzen aus Gründen der individuellen Softwarepflege entfallen. Das senkt den Personalaufwand erheblich¹³.
- b) Der Personalcomputer am Arbeitsplatz dient nur dem Aufruf der Programme und der Darstellung der Benutzeroberfläche sowie der Übertragung der Maus- und Tastatureingaben. Damit braucht das Gerät nicht so leistungsfähig zu sein, kann länger genutzt bzw. im Bedarfsfall sogar gegen billigere weniger leistungsfähige Netzcomputer (Terminal-PC's) ausgetauscht werden. Neue Software-Anforderungen ziehen i.d.R. keine neuen Hardware-Anforderungen nach sich.
- c) Bisher häufig vorkommende längere Arbeitsunterbrechungen aufgrund defekter Personalcomputer entfallen. Ein Austauschgerät wird nur noch an das Netzwerk angeschlossen und die Anwender starten darüber ihre entsprechenden Programme auf den Servern. Das geht innerhalb weniger Minuten. Die PC-Neuinstallation dauern dagegen meist mehrere Stunden.
- d) Das über zentrale Server realisierte Systemkonzept erlaubt die gemeinsame Nutzung von Programmen durch mehrere räumlich verteilte Verwaltungen. Die Sicherung der erforderlichen hohen Verfügbarkeit der Server durch mehrfache Auslegung und Bündelung kann im Verbund kostengünstiger erreicht werden, als mit getrennten Systemen.
- e) Bestimmten Nutzergruppen kann der externe Zugriff auf das Verwaltungsnetzwerk ermöglicht werden, (z.B. für Telearbeit, Ratsinformation, mobile Arbeit, Fernadministration, etc.). Da auch in diesem Fall nur die Bildschirmausgaben übertragen werden, kann mit sehr geringer Bandbreite nahezu der volle Funktionsumfang zur Verfügung gestellt werden.
- f) Da Programme und Daten auf Servern gespeichert sind, brauchen die Anwender aus der laufenden Sitzung heraus nicht auf lokale Diskettenlaufwerke oder Festplatten zuzugreifen. Wenn diese Form externer Datenzufuhr deaktiviert wurde, ist die Gefahr einer Virenverseuchung durch externe Datenträger ausgeschlossen. Zugriffsrechte können zentral bzw. hierarchisch verwaltet werden. Vorschriften aus dem Bereich Datenschutz und Datensicherheit sind damit vergleichsweise leicht umzusetzen.
- g) Fehlerdiagnosen, Anwenderbetreuung oder Benutzerschulungen können zentral von speziell ausgebildeten Service-Mitarbeitern durchgeführt werden. Damit können insbesondere für weit entfernte Standorte erhebliche Kosten und Ausfallszeiten reduziert werden.

¹³ In Untersuchungen wird für die Betreuung eines Client-Server-Netzwerkes von einem Administrator für ca. 100 Arbeitsplätze ausgegangen. Demgegenüber kann ein Administrator in einem Terminal-Server-Netzwerk erfahrungsgemäß bis zu 500 Arbeitsplätze verwalten.

Projektmanagement / Akteure

Aufgrund der Tatsache, dass die Einführung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung konkrete Auswirkungen auf nahezu jeden Arbeitsplatz und zahlreiche Geschäftsprozesse haben wird, ist E-Government in erster Linie auch eine bedeutende Organisationsaufgabe. Bereits bei der Erstellung einer verwaltungsweiten oder gar interkommunalen Handlungsstrategie ist es daher zwingend erforderlich, dass verschiedene Akteursebenen eng zusammenarbeiten.

E-Government ist in dieser Hinsicht eine anspruchsvolle Koordinationsaufgabe, die hohe Anforderungen an das Projektmanagement stellt. Mit dieser Aufgabe betraute Personen müssen insbesondere über ein hohes Maß an Schnittstellenwissen (fachlich, technisch, topologisch) und eine ausgeprägte Methodenkompetenz verfügen. Es gilt, die enorme Komplexität der Thematik logisch zu strukturieren, verschiedene Handlungsfelder und deren Kausalitäten zu identifizieren und in ein klares Vorgehensmodell und einzelne Projektpläne zu überführen.

Im Rahmen einer gemeinschaftlichen Entwicklung der Informationstechnik möchte der Kreis Nordfriesland zukünftig das gesamte technische und organisatorische Integrations- und Kooperationspotential des E-Governments nutzen. Die Chancen werden sich jedoch nur realisieren lassen, wenn es gelingt, den von den nordfriesischen Verwaltungen gemeinsam getragenen Modernisierungsprozess auf einem hohen Beteiligungsniveau der einzelnen Verwaltungen fortzuführen.

Aufgrund der enormen fachlichen und technischen Komplexität der mit dem Projekt verfolgten Zielstellungen, sowie zur Realisierung der angestrebten technischen Infrastruktur hoffen die nordfriesischen Verwaltungen auf eine weitreichende Unterstützung des Projektes durch verschiedene Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft sowie durch das Land Schleswig-Holstein¹⁴. Eine Unterstützung des Projektes im Rahmen der Landesinitiative „New Media“ durch das Land und die Deutsche Telekom sowie eine wissenschaftliche Begleitung durch das Kommunalwissenschaftliche Institut der Universität Potsdam wurden bereits signalisiert.

Handlungsfelder und Vorgehensmodell

Wenngleich eine präzise Projektplanung erst in den nächsten Wochen erstellt wird, stehen bereits heute einige Handlungsfelder fest, die im Projekt bearbeitet werden sollen:

I) IT-Strategie

- Konzeption und Aufbau der Management-Strukturen für eine interkommunale E-Government-Strategie der nordfriesischen Kommunalverwaltungen

II) Aufbau des Verwaltungsnetzes

- Erstellung eines organisatorischen und technischen Konzeptes (Rahmen- und Anschlussbedingungen, Betriebskonzept, Sicherheitskonzept)

III) IuK-Basisdienste

- Konzeption der Dienste unter Berücksichtigung des Landessystemkonzeptes (u.a. Landesverzeichnisdienst als Grundlage der Adress- und Signaturschlüsselverwaltung)
- Konzeption sicherer und tendenziell rechtverbindlicher Kommunikationsdienste
- Einrichtung und Betrieb der zentralen technischen Infrastruktur (Server)

IV) Spezielle interkommunale Dienste

- Konzeption, Einrichtung und Betrieb eines personalisierbaren Intranet/Extranets für das Informations- und Wissensmanagement und die Abwicklung einfacher interner Geschäftsprozesse als Grundlage für die inner- und interkommunale Zusammenarbeit
- Konzeption serverbasierter Anwendungen in den Bereichen Bürokommunikation (Office)

V) Gemeinsame Fachanwendungen

¹⁴ In gewisser Weise entspricht das Projekt „Von Inseln zu Netzen“ exakt der kürzlich in einer Pressemeldung durch Innenminister Buß geforderten stärkeren Zusammenarbeit der Kommunen. Zitat: „Immer stärker zeichnet sich ab, dass ökonomisch sinnvolle Verwaltungen in kleinen Gemeinden kaum noch zu finanzieren sind. Angesichts der steigenden finanziellen Probleme für die Kommunen und das Land muss dringend über neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Kreise, Städte und Gemeinden nachgedacht werden“

- Konzeption, Einrichtung und Betrieb der technischen Infrastruktur (Server, Software) für 1-2 Fachanwendungen, (z.B. Sozialhilfverfahren, Baugenehmigungsverfahren)

VI) Weitere Projektarbeiten

- Laufende Integration der Angebote im Internet-Portalen (Land, Kreis, Kommunen)
- Wissenschaftliche Begleitung und abschließende Evaluierung des Projektes bezüglich seiner Übertragbarkeit in Form einer konkreten Kosten-Nutzen-Analyse

Innovationspotential

Der innovative Charakter des Projektes besteht in der grundlegenden Neuausrichtung der weiteren Entwicklung der Informationstechnik eines gesamten Landkreises einschließlich der nachgeordneten Kommunalverwaltungen. Bisher in den Verwaltungen autonom erstellte IT-Konzepte werden zukünftig unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und Anforderungen eines verwaltungsübergreifenden Netzes fortgeschrieben.

Bündelung der Nachfrage nach IT-Lösungen, Vereinheitlichung der IT-Landschaft, zentraler Betrieb mit gemeinsamer Nutzung von Ressourcen und darauf aufbauend neue Geschäftsprozesse sind die Ziele des Projektes. Eine daraus entstehende Lösung kann in Punkto Wirtschaftlichkeit, Innovation und Flexibilität in der Realisierung zukünftiger Anforderungen des E-Government beispielgebend sein.

Durch eine öffentlichkeitswirksame Darstellung kann die Rolle des Kreises als Moderator und Koordinator transportiert werden. Gleichzeitig kann durch die Präsentation technisch ausgereifter Lösungen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von Verwaltungen in anderen Kreisen gestärkt werden.

Als Rechnerplattform für die auf dem verwaltungsweiten Datennetzes laufenden Dienste wird schon in der Konzeption und Entscheidungsgrundlage verschiedene Alternativen bedacht. Neben einer verwaltungseigenen Service-Area bei der Kreisverwaltung wird die Auslagerung der neu aufzubauenden Infrastruktur in den Bereich eines externen Dienstleisters erwogen.

Gleichzeitig ist es erforderlich, im Rahmen der Aufstellung einer integrierten Gesamtstrategie technische, organisatorische, politische und finanzielle Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage werden praktikable Realisierungsstufen für die Umsetzung verschiedener Maßnahmen und Einzelprojekte festgelegt.

Die angestrebten Lösungen werden über die eigentliche Planung hinaus durch die Unterstützung der Deutschen Telekom und weiterer Partner den Nutzen vergrößern. Vorgesehene eigene Investitionen in eine Systemumstellung können in optimierte Lösungen geleitet werden.

Fazit / Ausblick

Mit Hilfe der modernen Informationstechnik könnten neue Wege beschritten werden, um serviceorientierter und trotzdem erheblich kostengünstiger zu arbeiten, als dieses heute der Fall ist. Der Begriff des „Virtuellen kommunalen Dienstleistungszentrums“ steht für eine Vision, die bereits 2000 vom Schleswig-Holsteinischen Landkreistag angeregt wurde. Mit ihr lassen sich in noch viel höherem Maß Bürger- und Kundenfreundlichkeit sowie schneller Verfahrensabläufe bei erhöhter Prozessqualität erzielen.

Voraussetzung dafür ist jedoch eine verwaltungsweite bzw. verwaltungsübergreifende Netzinfrastruktur, eine weitgehende Harmonisierung der eingesetzten Softwarekomponenten und Fachverfahren sowie eine effiziente Organisation technischer Services auf der Grundlage moderner IT-Konzepte.

Der für das Projekt gewählte Titel „Von Inseln zu Netzen“ passt in dreifacher Hinsicht auf die spezielle Situation in Nordfriesland. Jeder 5. Bürger Nordfrieslands wohnt auf einer der 4 Inseln und 10 Halligen. Nicht nur aufgrund der langen Entfernungen erscheint es sinnvoll, dass auch die 27 Verwaltungen der Ämter, Städte und des Kreises zukünftig ihren Inselstatus der regionalen Zuständigkeit zugunsten einer stärker kooperativ ausgerichteten Leistungserbringung überwinden.

Verwaltungsorganisatorisch gesehen haben der Kreis und die Summe der Gemeinden einen deckungsgleichen Zuständigkeitsbereich. Sämtliche Kommunen im Landkreis verwalten und organisieren weitgehend die gleichen Angelegenheiten. Gerade die große Aufgabenheterogenität der Kommunen und die in den meisten Fachbereichen derzeit sogar noch steigenden fachlichen und technischen Anforderungen lassen die interkommunale Zusammenarbeit als einen Königsweg auf dem Weg zu einer bürgernahen und effizienten Verwaltung erscheinen¹⁵.

Neben der geplanten Vernetzung verwaltungsorganisatorischer Inseln auf Basis eines informationstechnischen Verbundes geht es innerhalb des Projektes auch um die technische und fachlogische Verknüpfung verschiedenster technologischer Insel-Lösungen.

In den nordfriesischen Verwaltungen verteilen sich mehr als 1000 Personal-Computer auf 27 Verwaltungen. Neben den vielfach lokal installierten Programmen gibt es in jeder Verwaltung eine Vielzahl von Servern für Datenbanken, Dateien, Kommunikationsdienste bzw. den Zugang zum Internet. Derzeit bestehen Schnittstellenproblemen nicht nur zwischen den technischen Systemen verschiedener Verwaltungen, sondern sogar zwischen verschiedenen Fachsystemen einer Verwaltung.¹⁶ Neben der Tatsache, dass in der Regel in verschiedenen Verwaltungen verschiedene Programme für die gleichen Aufgaben eingesetzt werden erscheint der größte Kostenfaktor der bestehenden Praxis darin zu liegen, dass in jeder Verwaltung 1 bis 2 Systemadministratoren mit Dingen beschäftigt sind, die teilweise nur einmal im gesamten Verwaltungsverbund zu machen wären.

Der Aufbau integrierter Informationssysteme stellt auf der Basis der historisch gewachsenen heterogenen Systemlandschaften und Netzinfrastrukturen die Verwaltungen vor enorme Herausforderungen. Hier müssen neue Konzepte greifen, die den gesamten Themenbereich der Informations- und Kommunikationstechnologien in seiner ganzheitlichen Dimension betrachten. Nur auf diese Weise werden sich entscheidende Effizienzpotenziale erschließen und neue Anforderungen im Bereich E-Government sogar erst umsetzen lassen. Die nordfriesischen Verwaltungen haben inzwischen klar erkannt, dass dies nur mit einer vereinheitlichten oder zumindest weitgehend standardisierten IT-Infrastruktur zu realisieren sein wird.

¹⁵ Zusätzlich kommt hinzu, dass die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Verwaltungen (es gibt in NF Verwaltungen ab 12 Mitarbeiter) stets latent eine verfassungsrechtlich bedenkliche Ungleichbehandlung der Bürger impliziert. Diese Aspekte erhalten derzeit insbesondere im Zusammenhang mit den Diskussionen um eine Digitale Spaltung der Gesellschaft (Digital Divide) neue Impulse. Die regional unterschiedliche Aufbereitung von Verwaltungsinformationen im Internet aufgrund schwächerer Verwaltungskraft dürfte hier mit einzuordnen sein. Mit Blick auf solche Entwicklungen, gehen die Autoren des Aufsatzes davon aus, dass die informationstechnische Basis sowie deren Einordnung in übergreifende Informationssysteme (Portale) zukünftig des Status der Infrastruktur erhalten wird, für deren Verfügbarkeit in einem gewissen Rahmen ggf. sogar der Staat zu sorgen hat (Individueller Anspruch auf ein öffentliches Gut, ähnlich wie im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs oder der Telekommunikation).

¹⁶ Laut Meta Group entsteht rund ein Drittel aller IT-Kosten dadurch, dass Schnittstellen zwischen Inselanwendungen und –systemen bereitgestellt werden müssen.

Anlage:

Themenfelder des IuK-Einsatzes in Nordfriesland

